

**Einschränkung der strafbefreienden Selbstanzeige: Synopse Gesetzestext § 371 AO
nach dem Gesetzentwurf der Bundesregierung.**

von RA/FASStR/StB Ingo Heuel¹ www.lhp-rechtsanwaelte.de Köln, Zürich

Das Bundesministerium der Finanzen hat den Ergebnissen der Finanzministerkonferenz vom 9.5.2014 auf Leitungsebene zustimmt, welche mit dem „Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung der Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung“ vom 27.8.2014 umgesetzt wurden (siehe Heuel, AO-StB 2014, 289). Nunmehr liegt der Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 24.09.2014 vor. Das Gesetz soll mit Wirkung zum 1.1.2015 in Kraft treten.

Der weitere Zeitplan des Gesetzgebungsverfahrens sieht gegenwärtig wie folgt aus:

- 23.10.2014: Beratung im Finanzausschuss des Bundesrates
- 06.11.2014: Erste Lesung im Bundestag
- 07.11.2014: Erste Beratung im Bundesrat
- 12.11.2014: Erster Durchgang Expertenanhörung im Finanzausschuss des Bundestages sowie Kabinettsbeschluss über eine Gegenäußerung
- 03.12.2014: Abschließende Beratung im Finanzausschuss des Bundestages
- 05.12.2014: Zweite und Dritte Lesung im Bundestag
- 19.12.2014: Zweite Beratung im Bundesrat

Aus der Synopse der Gesetzestexte können Sie die die Unterschiede zwischen der geltenden Fassung und dem Referentenentwurf ersehen. Besonders wichtige Änderungen sind im Fettdruck hervorgehoben.

Mit der Neuregelung wird die Rechtslage zur Selbstanzeige nochmals erheblich verschärft. Für Steuerhinterzieher, die wieder in die Legalität zurückkehren möchten, gilt also im Grundsatz: Je eher umso besser - und auch einfacher und günstiger.

§ 371 AO (geltende Fassung)	§ 371 AO-E
(1) Wer gegenüber der Finanzbehörde zu allen unverjährten Steuerstraftaten einer Steuerart in vollem Umfang die unrichtigen Angaben berichtigt, die unvollständigen Angaben ergänzt oder die unterlassenen Angaben nachholt, wird wegen dieser Steuerstraftaten nicht nach § 370 bestraft.	(1) Wer gegenüber der Finanzbehörde zu allen Steuerstraftaten einer Steuerart in vollem Umfang die unrichtigen Angaben berichtigt, die unvollständigen Angaben ergänzt oder die unterlassenen Angaben nachholt, wird wegen dieser Steuerstraftaten nicht nach § 370 bestraft. Die Angaben müssen zu allen unverjährten Steuerstraftaten einer Steuerart, mindestens aber zu allen Steuerstraftaten einer Steuerart innerhalb der letzten zehn Kalenderjahre erfolgen.
(2) Straffreiheit tritt nicht ein, wenn 1. bei einer der zur Selbstanzeige gebrachten unverjährten Steuerstraftaten vor der Berichtigung, Ergänzung oder Nachholung	(2) Straffreiheit tritt nicht ein, wenn 1. bei einer zur Selbstanzeige gebrachten unverjährten Steuerstraftaten vor der Berichtigung, Ergänzung oder Nachholung

¹ Der Verfasser ist Partner der Sozietät Luxem Heuel Prowatke in Köln und Zürich.

<p>a) dem Täter oder seinem Vertreter eine Prüfungsanordnung nach § 196 bekannt gegeben worden ist oder</p> <p>b) dem Täter oder seinem Vertreter die Einleitung des Straf- und Bußgeldverfahrens bekannt gegeben worden ist oder</p> <p>c) ein Amtsträger der Finanzbehörde zur steuerlichen Prüfung, zur Ermittlung einer Steuerstraftat oder einer Steuerordnungswidrigkeit erschienen ist oder</p> <p>2. eine der Steuerstraftaten im Zeitpunkt der Berichtigung, Ergänzung oder Nachholung ganz oder zum Teil bereits entdeckt war und der Täter dies wusste oder bei verständiger Würdigung der Sachlage damit rechnen musste oder</p> <p>3. die nach § 370 Absatz 1 verkürzte Steuer oder der für sich oder einen anderen erlangte nicht gerechtfertigte Steuervorteil einen Betrag von 50.000 Euro je Tat übersteigt.</p>	<p>a) dem an der Tat Beteiligten, seinem Vertreter, dem Begünstigten im Sinne des § 370 Absatz 1 oder dessen Vertreter eine Prüfungsanordnung nach § 196 bekannt gegeben worden ist, beschränkt auf den sachlichen und zeitlichen Umfang der angekündigten Außenprüfung, oder</p> <p>b) dem an der Tat Beteiligten oder seinem Vertreter die Einleitung des Straf- und Bußgeldverfahrens bekannt gegeben worden ist, oder</p> <p>c) ein Amtsträger der Finanzbehörde zur steuerlichen Prüfung erschienen ist, beschränkt auf den sachlichen und zeitlichen Umfang der Außenprüfung, oder</p> <p>d) ein Amtsträger zur Ermittlung einer Steuerstraftat oder einer Steuerordnungswidrigkeit erschienen ist, oder</p> <p>e) ein Amtsträger der Finanzbehörde zu einer Umsatzsteuer-Nachscha nach § 27b des Umsatzsteuergesetzes, einer Lohnsteuer-Nachscha nach § 42g des Einkommensteuergesetzes oder einer Nachscha nach anderen steuerrechtlichen Vorschriften erschienen ist und sich ausgewiesen hat, oder</p> <p>2. einer der Steuerstraftaten im Zeitpunkt der Berichtigung, Ergänzung oder Nachholung ganz oder zum Teil bereits entdeckt war und der Täter dies wusste oder bei verständiger Würdigung der Sachlage damit rechnen musste oder</p> <p>3. die nach § 370 Absatz 1 verkürzte Steuer oder der für sich oder einen anderen erlangte nicht gerechtfertigte Steuervorteil einen Betrag von 25 000 Euro je Tat übersteigt, oder</p> <p>4. ein in § 370 Absatz 3 Satz 2 Nummer 2 bis 5 genannter besonders schwerer Fall vorliegt.</p> <p>Der Ausschluss der Straffreiheit nach Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a und c hindert nicht die Abgabe einer Berichtigung nach Absatz 1 für die nicht unter Satz 1</p>
---	--

	Nummer 1 Buchstabe a und c fallenden Steuerstraftaten einer Steuerart.
	(2a) Soweit die Steuerhinterziehung durch Verletzung der Pflicht zur rechtzeitigen Abgabe einer vollständigen und richtigen Umsatzsteuervoranmeldung oder Lohnsteueranmeldung begangen worden ist, tritt Straffreiheit abweichend von den Absätzen 1 und 2 Nummer 3 bei Selbstanzeigen in dem Umfang ein, in dem der Täter gegenüber der zuständigen Finanzbehörde die unrichtigen Angaben berichtigt , die unvollständigen Angaben ergänzt oder die unterlassenen Angaben nachholt. Absatz 2 Nummer 2 gilt nicht, wenn die Entdeckung der Tat darauf beruht , dass eine Umsatzsteuervoranmeldung oder Lohnsteueranmeldung nachgeholt oder berichtigt wurde. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht für Steueranmeldungen, die sich auf das Kalenderjahr beziehen. Für die Vollständigkeit der Selbstanzeige hinsichtlich einer auf das Kalenderjahr bezogenen Steueranmeldung ist die Berichtigung, Ergänzung oder Nachholung der Voranmeldungen, die dem Kalenderjahr nachfolgende Zeiträume betreffen, nicht erforderlich.
(3) Sind Steuerverkürzungen bereits eingetreten oder Steuervorteile erlangt, so tritt für den an der Tat Beteiligten Straffreiheit nur ein, wenn er die aus der Tat zu seinen Gunsten hinterzogenen Steuern innerhalb der ihm bestimmten angemessenen Frist entrichtet.	(3) Sind Steuerverkürzungen bereits eingetreten oder Steuervorteile erlangt, so tritt für den an der Tat Beteiligten Straffreiheit nur ein, wenn er die aus der Tat zu seinen Gunsten hinterzogenen Steuern, die Hinterziehungszinsen nach § 235 und die Zinsen nach § 233a, soweit sie auf die Hinterziehungszinsen nach § 235 Absatz 4 angerechnet werden , innerhalb der ihm bestimmten angemessenen Frist entrichtet. In den Fällen des Absatz 2a Satz 1 gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass die fristgerechte Entrichtung von Zinsen nach § 233a oder § 235 unerheblich ist.
(4) Wird die in § 153 vorgesehene Anzeige rechtzeitig und ordnungsgemäß erstattet, so wird ein Dritter, der die in § 153 bezeichneten Erklärungen abzugeben unterlassen oder unrichtig oder unvollständig abgegeben hat, strafrechtlich nicht verfolgt, es sei denn, dass ihm oder seinem Vertreter die Einleitung des Straf- oder Bußgeldverfahrens wegen der Tat bekannt gegeben worden ist. Hat der Dritte zum eigenen Vorteil gehandelt, so gilt Absatz 3 entsprechend.	
§ 374 AO Steuerhehlerei	
(4) § 370 Abs. 6 Satz 1 und Abs. 7 gilt entsprechend.	(4) § 370 Abs. 6 und 7 gilt entsprechend.
§ 378 AO Leichtfertige Steuerhinterziehung	
(3) Eine Geldbuße wird nicht festgesetzt, soweit der Täter gegenüber der Finanzbe-	(3) Eine Geldbuße wird nicht festgesetzt, soweit der Täter gegenüber der Finanzbe-

hörde die unrichtigen Angaben berichtigt, die unvollständigen Angaben ergänzt oder die unterlassenen Angaben nachholt, bevor ihm oder seinem Vertreter die Einleitung eines Straf- oder Bußgeldverfahrens wegen der Tat bekannt gegeben worden ist. § 371 Absatz 3 und 4 gilt entsprechend.

hörde die unrichtigen Angaben berichtigt, die unvollständigen Angaben ergänzt oder die unterlassenen Angaben nachholt, bevor ihm oder seinem Vertreter die Einleitung eines Straf- oder Bußgeldverfahrens wegen der Tat bekannt gegeben worden ist. Sind Steuerverkürzungen bereits eingetreten oder Steuervorteile erlangt, so wird eine **Geldbuße nicht festgesetzt, wenn der Täter** die aus der Tat zu seinen Gunsten **verkürzten Steuern** innerhalb der ihm bestimmten angemessenen Frist **entrichtet**. § 371 Absatz 4 gilt entsprechend.

§ 398a AO

Absehen von Verfolgung in besonderen Fällen

In Fällen, in denen Straffreiheit nur deswegen nicht eintritt, weil der Hinterziehungsbeitrag 50.000 Euro übersteigt (§ 371 Absatz 2 Nummer 3) wird von der Verfolgung einer Steuerstraftat abgesehen, wenn der Täter innerhalb einer ihm bestimmten angemessenen Frist

1. die aus der Tat zu seinen Gunsten hinterzogenen Steuern entrichtet und
2. einen Geldbetrag in Höhe von fünf Prozent der hinterzogenen Steuern zugunsten der Staatskasse zahlt.

(1) In Fällen, in denen Straffreiheit nur wegen § 371 Absatz 2 **Nummer 3 oder 4** nicht eintritt, wird von der Verfolgung einer Steuerstraftat abgesehen, wenn der **an der Tat Beteiligte** innerhalb einer ihm bestimmten angemessenen Frist

1. die aus der Tat zu seinen Gunsten hinterzogenen Steuern, die **Hinterziehungszinsen nach § 235** und die **Zinsen nach § 233a, soweit** sie auf die Hinterziehungszinsen nach § 235 Absatz 4 angerechnet werden, **entrichtet und**
2. einen **Geldbetrag** in folgender Höhe zugunsten der Staatskasse zahlt:
 - a) **10 Prozent** der hinterzogenen Steuer, **wenn** der Hinterziehungsbeitrag **100 000 Euro nicht übersteigt,**
 - b) **15 Prozent** der hinterzogenen Steuer, **wenn** der Hinterziehungsbeitrag **100 000 Euro übersteigt und 1 000 000 Euro nicht übersteigt,**
 - c) **20 Prozent** der hinterzogenen Steuer, **wenn** der Hinterziehungsbeitrag **1 000 000 Euro übersteigt.**

(2) Die **Bemessung** des Hinterziehungsbeitrags richtet sich nach den Grundsätzen in § 370 Absatz 4.

(3) Die Wiederaufnahme eines nach Absatz 1 abgeschlossenen Verfahrens ist zulässig, wenn die Finanzbehörde erkennt, dass die Angaben im Rahmen einer Selbstanzeige unvollständig oder unrichtig waren.

(4) Der nach Absatz 1 Nummer 2 gezahlte Geldbetrag wird nicht erstattet, wenn die Rechtsfolge des Absatzes 1 nicht eintritt. Das Gericht kann diesen Betrag jedoch auf eine wegen Steuerhinterziehung verhängte

	Geldstrafe anrechnen.
Art. 97 § 10 des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung vom 14. Dezember 1976	
	(13) § 170 Absatz 6 der Abgabenordnung in der Fassung des Artikels 1 des Gesetzes vom ... (BGBl. I. S. ...) [einsetzen: Datum und Fundstelle des vorliegenden Änderungsgesetzes] gilt für nach dem 31. Dezember 2014 beginnenden Festsetzungsfristen. “
§ 164 AO Steuerfestsetzung unter Vorbehalt der Nachprüfung	
(4) Der Vorbehalt der Nachprüfung entfällt, wenn die Festsetzungsfrist abläuft. § 169 Abs. 2 Satz 2 und § 171 Abs. 7, 8 und 10 sind nicht anzuwenden.	(4) Der Vorbehalt der Nachprüfung entfällt, wenn die Festsetzungsfrist abläuft. § 169 Absatz 2 Satz 2, § 170 Absatz 6 und § 171 Absatz 7, 8 und 10 sind nicht anzuwenden.
§ 170 AO Beginn der Festsetzungsfrist	
(1) Die Festsetzungsfrist beginnt mit Ablauf des Kalenderjahrs, in dem die Steuer entstanden ist oder eine bedingt entstandene Steuer unbedingt geworden ist.	
(6) Für die Wechselsteuer beginnt die Festsetzungsfrist nicht vor Ablauf des Kalenderjahrs, in dem der Wechsel fällig geworden ist.	(6) Für die Steuer , die auf Kapitalerträge entfällt, die <ol style="list-style-type: none"> 1. aus Staaten oder Territorien stammen, die nicht Mitglieder der Europäischen Union oder der Europäischen Freihandelsassoziation sind, und 2. nicht nach Verträgen im Sinne des § 2 Absatz 1 oder hierauf beruhenden Vereinbarungen automatisch mitgeteilt werden, beginnt die Festsetzungsfrist frühestens mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem diese Kapitalerträge der Finanzbehörde durch Erklärung des Steuerpflichtigen oder in sonstiger Weise bekannt geworden sind, spätestens jedoch zehn Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Steuer entstanden ist.